

TAGUNGEN

Zehn Jahre

„Wirtschaftspolitische Gesellschaft
von 1947“

Ein sehr beachtenswertes Vortragsprogramm, unter dem Leitwort „*Offene Weh — Offene Gesellschaft*“, führte mehrere hundert Teilnehmer aus allen Kreisen von Wirtschaft und Politik zur Jahrestagung nach Frankfurt. Die Gewerkschaften stellen einen immer stärkeren Anteil der Besucher.

Dr. *Rudolf Mueller*, nach dem Tode von Otto Klepper der Vorsitzende, umriß eingangs die Arbeit der Gesellschaft in den letzten zehn Jahren; die Erwartungen bei der Gründung, die Erfüllungen bis heute. Die Gesellschaft mußte damals ihre Versuche, neue wirtschafts- und gesellschaftspolitische Leitbilder zu schaffen, ohne Vorbilder, ohne Anknüpfung an geistige oder politische Traditionen beginnen.

Grundgedanke der Arbeit war stets: Durch eine weltoffene Entwicklung der Produktivkräfte muß eine soziale und leistungsgerechte Güterverteilung erreicht werden und damit eine gesellschaftliche Neuordnung, die ihrerseits den Staat neu gestaltet, nicht der Staat die Gesellschaft. Unter diesem Leitmotiv hat die WIPOG sich mit der Europapolitik, der Verteidigungsfrage, dem Kommunismus, mit einer gemeinsamen Außenpolitik, mit der industriellen Revolution, der betrieblichen Partnerschaft, den wirtschaftlich unterentwickelten Völkern, mit Bildungsfragen, mit unserer Stellung zu den osteuropäischen Nachbarn beschäftigt.

Manche der vor zehn Jahren gehegten Hoffnungen hat sich hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung erfüllt. Aber die Bilanz ist noch weitgehend negativ. Verschärfung des Ost-West-Konfliktes, gefährlicher Materialismus, tiefgehende Differenzen zwischen der technischen und der geistig-politischen Entwicklung sind schwere Schattenseiten. Die Frage des Einklangs der politischen Freiheit aller mit ihrer wirtschaftlichen Freiheit ist noch nicht gelöst. Die Wirtschaftspolitische Gesellschaft hat noch immer ein schweres Arbeitsfeld zu beackern. Daß sie sich von anfänglicher Anlehnung an die Unternehmerschaft zu objektiver unabhängiger Pionierarbeit durchrang, kann heute nicht mehr bestritten werden.

Das einleitende Referat Prof. *Schieders* über die *Erneuerung des Geschichtsbewußtseins* untersuchte die Möglichkeiten eines neuen offenen Geschichtsdenkens im Sinne des Leitwortes der Tagung. Nach Jakob Burkhardt ist alles Geschehen seit 1789 als Revolutionszeitalter zu betrachten. Es ist aber fraglich, ob die bisherigen Erkenntnismittel ausreichen, das Er-

eignis der moderen Revolution zu deuten. Eine offene Geschichtsbetrachtung muß die Weltgeschichte als einheitliche Geschichte der Menschheit neu erfassen. Ob dem Zug zu einer gesellschaftlichen Einheit im wirtschaftlichen Bereich ein solcher im politischen Bereich entsprechen wird, kann die Geschichtswissenschaft noch nicht eindeutig beantworten.

Die Ausführungen des Daimler-Benz-Generaldirektors *Könecke* über „*Gemeinschaftsbewußtes Handeln in der Wirtschaft*“ waren eine Beschwörung der Sozialpartner. Vorweg zeichnete er die Verpflichtung einer Anteilnahme der Bundesrepublik an der Wirtschaftsentwicklung der Welt auf. Einsatz unseres Devisenüberschusses zugunsten der wirtschaftlich weniger entwickelten Völker und mehr Auslandsanlagen in jeder Form (Beteiligungen, Niederlassungen, Industrierwerke) sind die Möglichkeiten unserer Mitwirkung. Das Hauptanliegen aber galt dem Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und deren gemeinsamer Aufgabe. Tariffragen sollten Fragen des sozialen Ausgleichs und nicht Machtfragen sein. Das fehlende Gemeinschaftsbewußtsein der Tarifpartner erfülle mit Sorge. Der Staat muß in dieser Lage die zusammenfassende Kraft darstellen, und seine Autorität sollte größer sein als diejenige jeder anderen Kräftekonstellation. Eine Ordnung, in der nur Machtfaktoren entscheiden, ist weder sozial noch demokratisch, noch gemeinschaftsbewußt. Der Nationalsozialismus fand seinerzeit den Boden vorbereitet, weil es in Deutschland kein Gemeinschaftsbewußtsein gab. Wenn die Wirtschaft in ihren Trägern, den Unternehmern und Arbeitnehmern, kein gemeinschaftsbewußtes Handeln mehr aufbringt, werden wir auch die Wiedervereinigung nicht erreichen.

Günther Neumann von der Wirtschaftsabteilung der IG Bergbau entwarf ein breites Bild der Entwicklung zur modernen Einheitsgewerkschaft. Das war nötig, um Klarheit zu schaffen und die Verdienste der Gewerkschaften im Kampf gegen Demontagen und unsinnige Entflechtungsbestrebungen herauszustellen. Die gewerkschaftliche Mitarbeit in den Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetzen, ihre vielfachen wirtschaftspolitischen Vorschläge und ihre umfassende Bildungsarbeit beweisen ausreichend ihr verantwortungsbewußtes Handeln in Wirtschaft und Gesellschaft.

Ein in den Worten seines Vorredners mitschwingender Vorwurf über die gewerkschaftliche Lohnpolitik fand in einer objektiven Darstellung der Tatbestände und des gewerkschaftlichen Verhaltens seine Erledigung. Die Ursache einer inflationistischen Tendenz in den Industriestaaten liegt nicht in der Lohnpolitik der Gewerkschaften.

Der Dynamik einer hohen Produktivität muß eine gleiche Dynamik der Verbrauchssteigerung entsprechen. Produktionssteigerungen müssen zu

Preissenkungen führen. Geschieht dies nicht, so müssen Lohnerhöhungen den Ausgleich schaffen. Angesichts der anrollenden Preiswelle, der das Recht der Arbeiter auf ihren Anteil am Produktionszuwachs gegenübersteht, ist es an der Zeit, über diese Schwierigkeiten gemeinsam zu verhandeln. Doch die Karten müssen offen auf den Tisch gelegt werden.

Ein *Bildungsprogramm für die moderne Massengesellschaft* behandelte Hellmut Becker, der Präsident des Volkshochschulverbandes. Die Formulierung, Deutschland gehöre heute bildungsmäßig zu den unterentwickelten Ländern, war vielleicht zu scharf. Doch es ist unbestreitbar, daß die moderne Gesellschaft und Wirtschaft eine größere Bildung der Massen neben der Elitebildung erfordert.

Neben Zuverlässigkeit und Weltverständnis, als Eigenschaften des Menschen, um in der modernen Welt bestehen zu können, muß eine Mobilität treten, die befähigt, sich über eine einseitige Spezialisierung zu erheben.

Als wesentlichen Vorschlag nannte Becker den Ausbau der Volksschule zur zehnjährigen Hauptschule mit einer Fremdsprache. Der Volkshochschule werden weitgehende Aufgaben der Erwachsenenbildung zugewiesen. Der Teilnehmer aber soll nicht nur „berieselt“ werden, sondern selbst mitarbeiten. Die Bildungsfrage ist zum äußerst wichtigen Politikum geworden.

Schon der Titel des abschließenden Vortrags

von Prof. Heer: „*Der Christ in der pluralistischen Gesellschaft der Einen Menschheit*“ kündigte eine Untersuchung subtiler geistiger Zusammenhänge an; der Hörer kam auf seine Kosten. Der sterile Ost-West-Gegensatz blockiert die Einsicht, daß die Völker und Kontinente in einem Prozeß gegenseitiger wirtschaftlicher, politischer und geistiger Beeinflussung stehen, der sich niemand entziehen kann. Die Christen erwarten von den Kirchen Hilfe in dem Gegeneinander, den Stauungen und angstvollen Reaktionen, die aus den Problemen einer neuen pluralistischen Menschheitsgesellschaft entstehen. Doch es sollten die Christen die Kirchen, die sich erst in einer gewandelten Welt orientieren müssen, nicht mit zu großen Anforderungen belasten. Der einzelne Christ wird gebraucht, der von Unruhe erfüllt ist, der die Präsenz Gottes in beispielhaften Lebensformen dartut und dem das Anderssein anderer Menschen als eine Offenbarung des Reichtums der Schöpfung erscheint.

Dr. Mueller betonte am Schluß den Wert der Bildungsarbeit. Nicht nur im Gebiet der Schule, auch im Betrieb und im Bereich jedes einzelnen. Wir können kein freies soziales Gesellschaftssystem begründen, ohne ein allgemeines Bildungssystem zu schaffen. Grundsatz bleibt Wahrheit und Offenheit. Was moralisch falsch ist, kann politisch nicht richtig sein.

Adolf Leweke